

Wer will was? Die Wahl in Salzhemmendorf

	1. Sollte der Flecken sein Gebiet für den Bau weiterer Windkraftanlagen öffnen?	2. Die Gemeinde ist mit rund 20 Millionen Euro verschuldet. Wie wollen Sie trotzdem etwas gestalten?	3. Müssen die Bürger in den nächsten fünf Jahren weitere Steuer- oder Gebührenerhöhungen einkalkulieren?	4. Ist eine Fusion mit Copenbrügge sinnvoll und realistisch?	5. Kann die Infrastruktur in ihrer jetzigen Form über die nächsten Jahre aufrechterhalten werden?
	Nein. Wenn wir Zuzug von Familien wollen, wenn wir den Tourismus fördern wollen, müssen wir unsere schöne Landschaft erhalten. Wir wollen dafür sorgen, dass wir alle im Flecken profitieren. Das ist bei solchen Projekten nicht der Fall.	Wir sind als SPD angetreten, das Miteinander zu fördern. Hier gibt es viel zu gestalten. Die Feuerwehren haben es in Thüste vorgemacht. Andere werden folgen. Die positiven Ergebnisse, auch bei der Jugendarbeit, wollen wir auf andere Bereiche übertragen.	Wir müssen es schaffen, die Lasten auf möglichst viele zu verteilen. Dazu müssen wir den Zuzug von Familien fördern. Dann wird es uns gelingen, finanzielle Auswirkungen des Einwohnerrückgangs abzufedern.	Es gibt in einigen Bereichen bereits gute Kooperationen mit Copenbrügge. Eine weitergehende Zusammenarbeit und deren Auswirkungen müssen geprüft werden. Bürgernähe, Einsparungen und Entwicklungsmöglichkeiten müssen zueinander passen.	Ja. Hier ist die Unterstützung der Landesregierung erforderlich. Der Katalog der freiwilligen Leistungen (Sportplätze, Bäder) enthält viele für unser Zusammenleben wichtige Bereiche. Diese müssen neu bewertet und die Finanzierung sichergestellt werden.
	Der Flecken hat schon früh auf die Energiewende reagiert und ein Vorranggebiet für Windräder ausgewiesen. Wir sind der Meinung, dass zusätzliche Windräder für Salzhemmendorf nicht nützlich und auch nicht notwendig sind.	Mit den knappen Mitteln muss sehr sparsam umgegangen werden und durch kreative Ideen und Engagement der Bürger kann doch noch gestaltet werden. Aber alles, was gewünscht wird, wird sich nicht umsetzen lassen.	Eine Anhebung der Steuern oder Einführung von neuen Abgaben ist nicht geplant. Aber um seriös zu bleiben: Was uns vom Kreis auferlegt wird (Kreisumlage), wissen wir alle nicht.	Zurzeit keine Alternative – kommunale Zusammenarbeit ja (Bauhof, Jugendpflege). Eine Fusion ist dann sinnvoll, wenn sie von Bürgern und Verwaltung positiv gesehen wird.	Im Prinzip ja, bei einigen Punkten muss vielleicht das ein oder andere dem Bedarf angepasst werden.
	Der gültige Flächennutzungsplan schließt weitere Anlagen aus. Eine gerichtliche Prüfung könnte jedoch scheitern. Klimapolitisch werden weitere Windkraftanlagen benötigt. Einer Planung, bei der wir die Hoheit behalten, werden wir uns nicht verschließen.	Trotz der Schulden haben wir sinnvoll investiert: energetische Sanierung der Grundschulen und des Hallenbades, Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Betrieb, kommunales Energiemanagement. Es ist also bei Nutzung der Förderkulissen noch Luft da.	Es wäre unehrlich, solches an dieser Stelle komplett auszuschließen, aber wir werden alles tun, um auf derlei Maßnahmen verzichten zu können. Gesetzlich sind die Kommunen aber gehalten, ihre Einnahmesituation aus eigenen Kräften zu verbessern...	Wir erachten es für wichtig, die Kooperation beider Flecken weiter zu intensivieren und Ressourcen gemeinsam zu nutzen. Das führt zu Einsparungen in beiden Kommunen. Langfristig halten wir eine Verschmelzung für sinnvoll, so die Kommunen es wollen.	Schulen, Kitas und Turnhallen werden die nächsten fünf Jahre Bestand haben. Straßen würden wir nach Priorisierung instandhalten. Bei Sportplätzen und Bädern sind Erhalt und Betrieb abhängig von der Nutzung und dem Engagement der jeweiligen Ortsteile.
	Da der Flecken Salzhemmendorf bereits führend bei der Erzeugung von erneuerbaren Energien ist und die Energiebilanz deshalb schon positiv aussieht, sollten weitere Windkraftanlagen, wenn überhaupt, nur unter dem Aspekt der Gewinnbeteiligung des Fleckens erfolgen.	Kultur und Tourismus müssen speziell im Flecken und der Region auch als Wertschöpfungsmöglichkeit genutzt werden. Das Land muss sich an den Kosten für Kitas und Schulen stärker beteiligen. Eigeninitiativen sollten mehr gefördert werden, Fördergelder konsequent genutzt.	Steuererhöhungen sind ohne finanzielle Beteiligung des Landes bei den Kosten für den Ausbau und der Instandhaltung der Infrastruktur nicht auszuschließen.	Eine komplette Fusion mit Copenbrügge halte ich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht für sinnvoll. Ein Ausbau der bereits bestehenden Kooperation kann aber verstärkt werden.	An den Kosten für Kindergärten und Schulen hat sich das Land stärker zu beteiligen. Die Frage der dauerhaften Erhaltung oder Wiederherstellung aller Bäder bleibt vorerst offen, da die Kommunalaufsicht die freiwilligen Leistungen des Fleckens ja weiter gekürzt wissen will.
	Auf dem Gemeindegebiet gibt es zurzeit fünf Windräder, vier Biogasanlagen und diverse Solaranlagen. Sollten noch Gebiete für Windkraftanlagen in ausreichender Entfernung zu Wohngebieten vorhanden sein, könnten diese nach genauer Prüfung überplant werden.	Die Schuldentilgung soll immer Thema sein. Die Unterstützung der Wirtschaft und der Infrastruktur, wie Internetausbau und bessere Anbindungen an Straße und Bahn sind hier die wichtigsten Punkte. Der Personennahverkehr sollte auf hohes Niveau gebracht werden.	Steuererhöhungen sind für Hausbesitzer und Wirtschaft nicht förderlich. Die Leerstände von Häusern sollten durch weitere Steuererhöhungen nicht erhöht werden. Durch eine moderate Straßenausbauschlüssel könnten viele Verkehrsflächen sinnvoll gestaltet werden.	Die Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen ist sinnvoll. Die Anschaffung von Betriebsmitteln und Geräten für den Bauhof wäre eine vernünftige Lösung. Allgemein sollten hier die Verwaltungen ausgenommen bleiben. Trotzdem können Synergieeffekte von Vorteil sein.	Um die Lebensqualität in unseren Ortschaften zu erhalten, sollte auch die Infrastruktur erhalten bleiben. Bäder, Straßenbau und Brückensanierungen werden hier die größten Herausforderungen sein. Ohne entsprechende Zuschüsse werden wir diese Aufgaben nicht bewältigen können.
	Ja, wir werden rechtlich nicht um eine weitere Flächenausweisung herumkommen. Besser, wir legen einen Standort fest, als dass wir durch gesetzliche Grundlagen einen Standort aufgezwungen bekommen.	Es ist nie eine Frage der Geldmenge, sondern immer eine Frage der Verteilung. Das heißt, auf der einen Seite Einsparungen strukturell vornehmen, um auf der anderen Seite Freiräume zu haben und diese zu gestalten.	Von unserer Seite aus nicht. Bei den Parteien SPD, GRÜNE, CDU und FWS müssen die Bürger davon ausgehen, weil von diesen keine strukturellen Lösungen erarbeitet werden.	Ja, siehe meine Ausführungen hierzu seit zehn Jahren.	Ja, wenn eine kommunale Fusion zum Beispiel mit Copenbrügge vorgenommen wird und keine neuen Einrichtungen, wie die Freizeitanlage Wallensen hinzukommen – wie von den anderen im Rat vertretenen Parteien nach der Kommunalwahl geplant.
	Nein. Die Gemeinde hat bereits für Investoren eine Fläche ausgewiesen, die den gesetzlichen Anforderungen entspricht. Daher lehnen wir, wie auch die betroffenen Anwohner, eine Erweiterung ab. Mensch und Natur dürfen nicht weiter belastet werden!	Ohne Landeshilfen und Fördergelder werden die Gestaltungsspielräume sehr eng bleiben. Von keiner Partei gab es bisher wirklich umsetzbare Vorschläge. Unsere eigenen Anregungen fanden leider noch keine Beachtung.	Die Schuldendynamik und die damit verbundene Einschränkung der Handlungsfähigkeit sind durch weitere Erhöhungen und neu erfundene Gebühren nicht heilbar, sondern werden auf morgen verschoben. Daher sind die Aktiven gegen Neubebelastungen der Bürger.	Eine Fusion wird sehr kontrovers diskutiert. Nur eine klare und neutrale Analyse der Einspareffekte kann helfen, die richtige Antwort zu finden. Bei zweifellos positiven Effekten für alle sollten am Ende dennoch die Bürger das letzte Wort dazu haben.	Es ist bereits so viel aufgegeben worden, dass die Grenze erreicht ist und die Erhaltung der Reststruktur keine Frage des Könnens ist, sondern eine Frage des Müßens! Ansonsten werden die Menschen längerfristig der Gemeinde den Rücken kehren.